Staatsvertrag

zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaat Bayern über den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltung Bayerns an das Reich.

Zwischen der Regierung des Deutschen Reichs und der Regierung des Freistaats Bayern besteht Einverständnis darüber, daß das Post- und Telegraphenwesen Bayerns samt dem Fernsprechwesen am 1. April 1920 gemäß Artikel 170 der Verfassung des Deutschen Reichs auf das Reich übergehen soll. Von diesem Zeitpunkt an wird das Post- und Telegraphenwesen Bayerns samt dem Fernsprechwesen mit demjenigen des übrigen Reichsgebiets nach dem Grundsatz der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit verwaltet werden.

Aus diesem Anlaß haben die beiden Regierungen unter Vorbehalt der Zustimmung der gesetzgebenden Versammlungen den nachstehenden Staatsvertrag vereinbart.

§ 1

Die Verwaltung und das gesamte Eigentum der bayerischen Posten und Telegraphen werden dem Reiche vom 1. April 1920 an als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Art übertragen. Das Reich tritt zu diesem Zeitpunkt in die laufenden Verträge, Rechte und Pflichten öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Art ein, die für die bayerische Post- und Telegraphenverwaltung bestehen und durch deren Übergang auf das Reich nicht kraft Gesetzes wegfallen. Der Eintritt des Reichs in die laufenden Verträge hat Rechtswirkung auch gegenüber den bisherigen Vertragsgegnern der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung.

§ 2

Für die Übertragung der Verwaltung und des Eigentums der bayerischen Posten und Telegraphen vergütet das Reich an den Freistaat Bayern den Betrag von 620 000 000 (sechshundertzwanzig Millionen) Mark, der auch die Vergütung für die dem Personal der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung zu Zwecken der Wohnungsfürsorge in Pacht, Miete oder im Erbbaurecht überlassenen Grundstücke und Gebäude umfaßt.

Der Betrag ist am 1. April 1920 fällig und von diesem Tage an mit $4\frac{1}{2}$ (viereinhalb) vom Hundert zu verzinsen. Die Zinsen sind bis auf anderweite Vereinbarung am Schlusse jedes Kalendervierteljahrs zu zahlen. Über die Tilgung bleibt nähere Vereinbarung vorbehalten.

§ 3

Das Reich wird nach Übernahme der Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens samt dem Fernsprechwesen in Bayern den durch die bisherige Entwicklung

und die wirtschaftsgeographische Lage Bayerns bedingten Verkehrs-, Betriebs- und Personalverhältnissen sowie den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und des Verkehrslebens Bayerns seine Fürsorge zuwenden.

§ 4

In München soll eine Abteilung des Reichspostministeriums errichtet werden, die vom Reichspostminister mit besonderen Befugnissen für den inneren bayerischen Verkehr ausgestattet wird. Die Aufhebung der Abteilung unterliegt der vorherigen Verständigung zwischen den vertragschließenden Regierungen.

§ 5

Das Reich wird beim Ausbau der Einrichtungen des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs in Bayern die Aufgaben vollziehen, für die der Bayerischen Regierung in Haushaltsplänen oder Baugesetzen Mittel bewilligt worden sind.

§ 6

Dem Reiche steht das Recht zu, in Bayern Kraftwagen- und Fluglinien für den Post- und Personenverkehr zu betreiben.

Zur wirtschaftlichen Erschließung der abseits der Eisenbahnen gelegenen Teile Bayerns wird das Reich in die von der Bayerischen Regierung durch Genehmigung von Kraftwagenlinien eingegangenen Verpflichtungen eintreten.

§ 7

Das Reich wird den Geldverkehr der in Bayern gelegenen Post- und Telegraphendienststellen mit der Bayerischen Staatsbank in der bisherigen Weise aufrechterhalten.

Die in Bayern anfallenden Scheckgelder wird das Reich so anlegen, daß sie der bayerischen Wirtschaft zugute kommen.

§ 8

Das Reich genießt, unbeschadet späterer anderweitiger reichsgesetzlicher Regelung, für den Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetrieb Befreiung von den Steuern des bayerischen Staates. Der Besteuerung durch die Gemeinden unterliegt das Reich nach Maßgabe der Reichsgesetzgebung.

§ 9

Die im Dienste der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter werden zum 1. April 1920 in den Dienst des Reichs übernommen, die Beamten als Reichsbeamte im Sinne des Artikel 129 der Reichsverfassung und im Sinne des Reichsbeamtengesetzes.

§ 10

Auf das Dienstverhältnis der am 1. April 1920 in den Dienst des Reichs übertretenden bayerischen Beamten dem Reiche gegenüber finden bis zur Neuregelung des Reichsbeamtenrechts die bisherigen landesgesetzlichen Bestimmungen

und, soweit es für die Beamten günstiger ist, die für die Reichsbeamten geltenden Bestimmungen dergestalt Anwendung, daß an die Stelle der bayerischen in allen Fällen die vom Reiche bestimmten Behörden treten. An Stelle der bisherigen bayerischen werden in Bayern Reichs-Disziplinargerichte nach dem Reichsbeamten-gesetze gebildet werden. Ein in Bayern am 31. März 1920 anhängiges förmliches Disziplinarverfahren ist nach den bayerischen Landesgesetzen zu erledigen.

Den übertretenden Beamten bleiben mit dieser Maßgabe, und sofern nicht in diesem Vertrag und dem zugehörigen Schlußprotokoll etwas anderes vorgesehen ist, alle durch das bisherige Dienstverhältnis erworbenen Rechte, Anwartschaften und Vorteile insoweit gewahrt, als ihnen durch den Eintritt in den Reichsdienst und die Einreihung in die Reichsbefolgsordnung nicht gleiche oder weitergehende Rechte erwachsen.

§ 11

Die Verhältnisse der Beamten bayerischer Landesangehörigkeit regeln sich nach Artikel 16 der Reichsverfassung. Die am 1. April 1920 in den Dienst des Reichs übernommenen Beamten sollen nach Orten außerhalb Bayerns nur mit ihrem Einverständnis versetzt werden.

§ 12

Das Reich übernimmt die Wohlfahrtseinrichtungen der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung und führt sie auf Grund der Gesetze, Satzungen und Bestimmungen unter Wahrung der Rechte der Beamten, Angestellten und Arbeiter weiter.

§ 13

Meinungsverschiedenheiten zwischen den vertragschließenden Regierungen in bezug auf die Auslegung dieses Vertrags sollen durch den Staatsgerichtshof entschieden werden.

Berlin, den 29. März 1920.

München, den 31. März 1920.

Die Reichsregierung

Die Bayerische Regierung

Der Reichskanzler

Der Ministerpräsident

gez. Müller

gez. Dr. v. Rahr

Der Reichspostminister

Der Staatsminister für Verkehrs-
angelegenheiten

gez. Giesberts

gez. S. Frauendorfer

Der Reichsminister der Finanzen

Der Staatsminister der Finanzen

gez. Dr. Wirth

J. B.

gez. Dr. Kraußneck

Schlußprotokoll

zum Staatsvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaat Bayern vom 29./31. März 1920 über den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltung Bayerns an das Reich.

Bei der Vereinbarung über den am heutigen Tage vollzogenen Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaat Bayern sind von den unterzeichneten Bevollmächtigten noch folgende Verabredungen getroffen worden, die mit dem Vertrage selbst gleiche Kraft und Gültigkeit haben sollen.

Allgemeines

Die besonderen Rechte, die Bayern in Ansehung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens nach Artikel 52 der früheren Reichsverfassung und anderen Reichsgesetzen bisher zugestanden haben, treten mit dem 1. April 1920 außer Kraft. Soweit nicht im Staatsvertrag oder in diesem Schlußprotokoll etwas anderes bestimmt ist, bleiben die von Bayern auf dem Gebiete des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens erlassenen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften vom gleichen Zeitpunkt an bis auf weiteres als Vorschriften des Reichs mit der Maßgabe in Geltung, daß an die Stelle der bayerischen in allen Fällen die vom Reiche bestimmten Behörden treten.

Zu § 1

In das Eigentum des Reichs gehen über alle im Eigentume der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung stehenden Grundstücke, Gebäude, Anlagen und beweglichen Sachen; alle aus Mitteln der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung beschafften Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, Betriebsmittel, Baustoffe, Vorrats- und Ersatzstücke, Dienstpapiere; die gültigen Postwertzeichen; endlich alle sonstigen beweglichen Sachen. Dagegen bleiben das von der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung angelegte Postmuseum und die vorhandenen Postwertzeichensammlungen Eigentum des bayerischen Staates.

Alle Grundstücke des bayerischen Landesfiskus, die Post- und Telegraphenzwecken gewidmet oder für solche bestimmt sind, gehen in das Eigentum des Reichs über, gleichviel, ob und unter welcher Bezeichnung der bayerische Landesfiskus als Eigentümer im Grundbuch eingetragen ist. Das gleiche gilt von Grundstücken, die Post- und Telegraphenzwecken gewidmet waren und von Post- und Telegraphenbehörden verwaltet werden. Ferner gehen alle der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung zustehenden Rechte an Grundstücken auf das Reich über, auch solche, die durch Rechtsgeschäfte nicht übertragbar sind. Von

der Post- und Telegraphenverwaltung angemietete Grundstücke gelten nicht als solche, die Post- und Telegraphenzwecken gewidmet oder dafür bestimmt sind.

Das Reich kann die Übertragung des Eigentums an Grundstücken, die von der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung und anderen Staatsverwaltungen gemeinschaftlich benutzt werden und nicht schon nach dem vorhergehenden Absatz auf das Reich übergehen, gegen Entschädigung beanspruchen, wenn sie vorwiegend Post- und Telegraphenzwecken gewidmet sind. Überwiegt die Benutzung durch die bayerische Post- und Telegraphenverwaltung nicht, so kann das Reich die Weiterbenutzung gegen eine angemessene jährliche Vergütung, im übrigen unter den bisherigen Bedingungen beanspruchen. Das seitherige Verkehrsministerialgebäude steht zu gleichen Teilen im Miteigentume der Post und Eisenbahn.

Das Eigentum und die Rechte an Grundstücken gehen auf das Reich über, ohne daß es dabei der Beobachtung der für die Übertragung des Eigentums oder des Rechtes vorgeschriebenen Form bedarf. Die in Bayern gelegenen Oberpostdirektionen und das Bayerische Finanzministerium werden in gemeinsam ausgestellten öffentlichen Urkunden den Grundbuchämtern die Grundstücke und die Rechte an Grundstücken bezeichnen. Auf Grund dieser Urkunden ist das Grundbuch zu berichtigen. Steuern, Gebühren, Kosten und Auslagen werden aus Anlaß des Eigentumswechsels nicht erhoben.

Für sämtliche in das Eigentum des Reichs übergehenden Grundstücke der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung räumt das Reich dem Freistaat Bayern ein Vorkaufsrecht nach §§ 1094 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein. Die Frist zur Erklärung über die Ausübung des Vorkaufsrechts beträgt drei Monate nach dem Empfang der im § 510 a. a. O. vorgesehenen Mitteilung. Werden Grundstücke gegen andere, für Zwecke des Post- und Telegraphendienstes erforderliche Grundstücke ausgetauscht oder Teile von Grundstücken zu öffentlichen Zwecken, Grenzregelungen oder aus ähnlichem Anlaß abgetreten, so greift das Vorkaufsrecht nicht Platz.

Das Reich verzichtet auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Gewährleistung wegen etwaiger Mängel des übergehenden Unternehmens und der dazugehörigen Grundstücke, Sachen und Rechte.

Vom 1. April 1920 ab fließen alle Einnahmen aus dem Betriebe der Posten und Telegraphen in Bayern dem Reiche zu, wie es auch alle Ausgaben hierfür von diesem Tage an zu tragen hat.

Einnahmen und Ausgaben, deren Entstehungsgrund vor dem 1. April 1920 liegt, fallen dem Freistaat Bayern zu. Über die nach dem 1. April 1920 auf Bayern fallenden Einnahmen und Ausgaben wird das Reich eine besondere Abrechnung führen lassen. Das Bayerische Finanzministerium ist zur Mitwirkung an diesen Abrechnungsarbeiten befugt.

Die bei den bayerischen Post- und Telegraphenanstalten am 31. März 1920 bei Dienstschluß vorhandenen Kassenbestände werden dem Reiche vorbehaltlich der

Abrechnung übergeben. Nach Prüfung der Monatsrechnungen für März 1920 wird das Reich dem Freistaat Bayern eine angemessene Abschlagszahlung leisten. Die Abwicklung im Postanweisungs- und Postscheckverkehr erfolgt in der bisherigen Weise.

Die oberste Rechnungsbehörde Bayerns behält ihre Befugnisse gegenüber den Stellen und dem Personal der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung hinsichtlich der für die Zeit bis zum 31. März 1920 aufgestellten Rechnungen.

Su § 2

Die an Bayern zu zahlenden Zinsen und Tilgungsbeträge sind frei von Steuern und Abgaben des Reichs.

Su § 3

Es besteht Einverständnis darüber, daß die Betriebsformen und Vorschriften bei den Post- und Telegraphendienststellen in Bayern und im übrigen Reichsgebiete nach und nach und unter möglichster Rücksichtnahme auf die bisherige Entwicklung vereinheitlicht werden sollen.

Bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten für das ganze Reichsgebiet wird das Reich die Unternehmer in Bayern in gleicher Weise wie andere Unternehmer berücksichtigen. Handelt es sich um Lieferungen und Arbeiten für die in Bayern gelegenen Post- und Telegraphendienststellen, so sollen bei gleichwertigen Angeboten Unternehmer in Bayern mit Vorzug berücksichtigt werden.

Die bisher in Bayern eingeführten Dienstwertzeichen werden für Rechnung des Reichs bis auf weiteres beibehalten.

Die Einrichtungen des Freistaats Bayern für die Herstellung von Wertzeichen und Drucksachen sollen auch weiterhin vom Reiche für diesen oder einen ähnlichen Zweck mindestens im bisherigen Umfang so lange herangezogen werden, bis das Reich eine Druckerei innerhalb Bayerns für den gleichen Zweck einrichten wird. Wegen der Übernahme der Beamten, Arbeiter und Einrichtungen wird sich das Reich vor der Errichtung der Druckerei mit der Bayerischen Regierung ins Benehmen setzen.

Su § 4

Die Zuständigkeit der Abteilung des Reichspostministeriums in München soll sich auf alle inneren Angelegenheiten des ihr zugewiesenen Verkehrsgebiets, soweit sie nicht allgemein dem Minister vorbehalten sind, erstrecken, insbesondere auf die Verfügung über die zur Verwendung in diesem Gebiete bestimmten Haushaltsmittel, auf den Ausbau und die Unterhaltung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetzes und der Verkehrsverbindungen sowie auf die Behandlung der Gegenstände der allgemeinen Verwaltung und der Angelegenheiten des in Bayern diensttätigen Personals, ferner auf die Mitwirkung bei allgemeinen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

Ohne Zustimmung der Bayerischen Regierung soll kein Teil des bayerischen Gebiets einer außerhalb Bayerns liegenden Ober-Postdirektion zugewiesen werden.

Der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung bleibt es überlassen, nichtbayerisches Gebiet Ober-Postdirektionen in Bayern zu unterstellen.

Einrichtungen oder Dienststellen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, die nicht an bestimmte Orte gebunden sind, ferner Bauten für Wohlfahrtszwecke, Genesungs- und Erholungsstätten sollen, soweit angängig, auch in Bayern untergebracht werden. Die zentralen Ämter der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung bleiben übergangsweise bestehen.

Der Vorstand und wenigstens drei Viertel der Mitglieder und Beamten der Abteilung des Reichspostministeriums in München sollen die bayerische Staatsangehörigkeit durch Abstammung besitzen oder durch langjährigen Aufenthalt in Bayern mit den bayerischen Verhältnissen genau vertraut sein. Werden dieser Abteilung Mitglieder und Beamte nichtbayerischer Staatsangehörigkeit zugeteilt, so soll eine entsprechende Zahl von Mitgliedern und Beamten bayerischer Staatsangehörigkeit gleichen Ranges in den übrigen Abteilungen des Reichspostministeriums verwendet werden. Im umgekehrten Falle soll ebenso verfahren werden.

Die Vorstände der in Bayern gelegenen Ober-Postdirektionen sollen die bayerische Staatsangehörigkeit durch Abstammung besitzen oder durch langjährigen Aufenthalt in Bayern mit den bayerischen Verhältnissen genau vertraut sein. Die Mitglieder dieser Ober-Postdirektionen sollen in ihrer Mehrheit bayerische Staatsangehörige sein. Werden den in Bayern gelegenen Ober-Postdirektionen Mitglieder von nichtbayerischer Staatsangehörigkeit zugeteilt, so soll eine entsprechende Anzahl von Beamten bayerischer Staatsangehörigkeit des gleichen Ranges bei Ober-Postdirektionen außerhalb Bayerns verwendet werden. Im umgekehrten Falle soll ebenso verfahren werden.

Su § 5

Das Reich wird den vom bayerischen Landtag bisher erhobenen Verkehrswünschen nachkommen, soweit deren Erfüllung durch die Bayerische Regierung bindend zugesagt worden ist.

Das Reich verpflichtet sich, alle Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Beschaffungen, die von der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung bereits in Angriff genommen sind oder nach den vom bayerischen Landtag genehmigten Mitteln in Angriff genommen werden sollen, zu übernehmen und auf Reichskosten fertigzustellen. Die für solche Bauten usw. bis Ende März 1920 entstandenen Kosten fallen Bayern zur Last. Ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Bauten usw. ist dem Schlußprotokoll beigelegt. Abrechnung über die für solche Bauten usw. bis Ende März 1920 entstandenen Kosten wird die Bayerische Regierung dem Reiche bis 1. August 1920 übergeben.

Su § 6

Bayern überträgt dem Reiche seine Rechte aus den bestehenden Garantieverträgen.

Wenn das Reich die Errichtung oder den Betrieb einer neuen Kraftwagenfabrik ablehnt, die Bayerische Regierung aber sich zur Tragung der Hälfte des jährlichen Einnahmeausfalls bereit erklärt, so wird das Reich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel den bayerischen Wünschen Rechnung tragen.

Zu § 7

Das Reich wird sich zur Beforgung des Geldverkehrs der in Bayern gelegenen Postkassen auch weiter der Bayerischen Staatsbank bedienen, insbesondere zur Abführung der Bargelder, zur Vermittlung des bargeldlosen Verkehrs, zur Anlage entbehrlicher Gelder und, solange Ober-Postkassen nicht bestehen, zur Beforgung des Hinterlegungswesens. Ausnahmen zugunsten der Reichsbank werden weiterer Verständigung vorbehalten.

Das Reich übernimmt die Gelder, die von der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung bei der Bayerischen Staatsbank aus den Guthaben der Postscheckkunden angelegt sind, wobei die aus diesen Geldern erworbenen Wertpapiere und Schuldbuchforderungen nach dem Anschaffungspreise berechnet werden.

Hinsichtlich der Anlage und Verwaltung der Scheckgelder verbleibt es bei der bisherigen Regelung. Demgemäß sind die Bargelder der Bayerischen Staatsbank auf Scheckgeldkonto zu überlassen, soweit sie nicht gemäß den für die Reichspost geltenden allgemeinen Grundsätzen durch die Vermittlung der Staatsbank in Wertpapieren oder Wechseln anzulegen sind.

Voraussetzung für die in Abs. 1 und 3 vorgesehene Inanspruchnahme der Bayerischen Staatsbank ist, daß sie die Geschäfte zu nicht ungünstigeren Bedingungen als die Reichsbank wahrnimmt.

Zu § 9

Als Beamte im Sinne der §§ 9 ff. gelten, soweit nicht besondere Bestimmungen getroffen sind, sämtliche Beamte im Sinne der Artikel 1, 2 und 5 sowie die Staatsdienstaspiranten nach Artikel 25 des bayerischen Beamtengesetzes.

Die in den Dienst des Reichs übernommenen Beamten sind berechtigt, binnen drei Monaten nach der Übernahme der Post- und Telegraphenverwaltung durch das Reich schriftlich oder zu Protokoll gegenüber der vorgesetzten Dienststelle ihren Rücktritt in den Landesdienst zu erklären. Der Rücktritt wird mit dem Tage der Erklärung wirksam.

Die Bayerische Regierung verpflichtet sich, auch diese Beamten gegen Erstattung ihres Dienst Einkommens durch das Reich so lange auf ihren Dienstposten zu belassen, bis sie nach der Entscheidung der zuständigen Post- und Telegraphendienststellen abkömmlich sind. Länger als sechs Monate soll kein Beamter ohne seine Zustimmung auf seinem Dienstposten zurückbehalten werden.

Sollte die neue Reichsbefoldungsordnung nach dem 1. April 1920 verkündet werden, so beginnt die Rücktrittsfrist mit dem Tage der Verkündung.

Die Bayerische Regierung verpflichtet sich, Post- und Telegraphenbeamte, die nicht in den Reichsdienst übertreten wollen, tunlichst in ein anderes Amt des bayerischen Landesdienstes zu versetzen. Soweit dies nicht möglich ist oder von Beamten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, nicht gewünscht wird, sind sie baldigst in den einstweiligen, zeitlichen oder dauernden Ruhestand zu versetzen. Bis zum Zeitpunkt des Eintritts in ein anderes Amt des bayerischen Landesdienstes oder in den Ruhestand trägt das Reich das Dienst Einkommen. Wegen der Tragung der Bezüge nach Versetzung in den Ruhestand gelten die Bestimmungen zu § 10 dieses Schlussprotokolls.

Machen auf Kündigung angestellte Beamte, die nicht in den Reichsdienst übertreten wollen, von ihrem Kündigungsrechte Gebrauch, so trägt das Reich ihr Dienst Einkommen bis zum Ablauf der Kündigungsfrist.

Zu § 10

Das Reich gewährleistet den in seinen Dienst übertretenden bayerischen Beamtenanwärtern und Beamten die in Bayern erworbenen Anstellungs- und Beförderungsaussichten soweit, als es sich um die bei regelmäßiger Gestaltung der bisherigen Laufbahn nach dem bisherigen organisatorischen Aufbau des Beamtenkörpers erreichbaren Eingangs- und Beförderungstellen handelt. Als regelmäßig erreichbare Beförderungstellen sind nur solche anzusehen, die mindestens die Hälfte der Beamten der Vorstelle erreicht hat. Der Nachweis der Befähigung für die Beförderungstellen ist bis auf weiteres nach den bisher in Bayern geltenden Grundsätzen zu führen.

Damit die Wartezeiten bis zur Anstellung und Beförderung gegenüber dem Zustand in Bayern zur Zeit des Überganges auf das Reich keine Verschlechterung erfahren, sollen durch den jeweils nächsten Reichshaushalt genügend planmäßige Stellen zur Verfügung gestellt werden, um die bis zu Beginn des Haushaltsjahrs nach den Anstellungs- und Beförderungsverhältnissen, wie sie in Bayern nach Ausführung des Haushalts am 1. April 1920 liegen, zur Anstellung oder Beförderung herangerückten Anwärter anstellen oder befördern zu können. Soweit sich dies nicht ermöglichen lassen sollte, erhält der Bedienstete vom Beginne des bezeichneten Haushaltsjahrs an zur Erreichung des Gesamteinkommens im Falle seiner Anstellung oder Beförderung eine persönliche Zulage. Die Zulage ist bei Beamten soweit für Ruhegehaltsfähig zu erklären, als zur Erreichung des bei ihrer Beförderung Ruhegehaltsfähigen Einkommensbetrags erforderlich ist. Der Beginn des Befoldungsdienstalters wird bei der späteren Stellenverleihung so festgesetzt, wie wenn der Beamte zum bezeichneten Zeitpunkt angestellt oder befördert worden wäre.

An regelmäßigem Dienst Einkommen gewährleistet das Reich jedem Beamten den Betrag, den er bezogen haben würde, wenn er in seiner Stelle im bayerischen Landesdienste verblieben und in diesem nach Maßgabe der am 31. März 1920 geltenden Befoldungsgrundsätze in seinem Dienst Einkommen aufgerückt wäre. Hierbei werden jedoch nach dem 31. Dezember 1919 erlassene allgemeine Befol-

hingsgesetze nicht berücksichtigt. Was als regelmäßiges Dienst Einkommen anzusehen ist, richtet sich nach den in Bayern am 31. März 1920 geltenden Grundsätzen. Erreicht das Dienst Einkommen im Reichsdienst die bayerischen Landesätze nicht, so ist der Unterschied als persönliche Zulage zu gewähren. Diese Zulage ist insoweit für ruhegehaltsfähig zu erklären, als zur Erreichung des nach bayerischen Landesgrundsätzen ruhegehaltsfähigen Betrags erforderlich ist.

Die Voraussetzungen für die Verfassung von Dienstalterszulagen richten sich nach Reichsrecht. Insoweit und solange das Reich von diesem Rechte Gebrauch macht, werden weitere nach bayerischen Landesgrundsätzen erreichbar gewesene Bezüge nicht berücksichtigt.

Über die Einreihung der übertretenden bayerischen Beamten in die Reichsbefolungsordnung sowie über die Übergangsbestimmungen zur neuen Personalordnung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung werden die vertragsschließenden Regierungen besondere Vereinbarungen treffen.

Die übernommenen bayerischen Beamten sind befugt, ihre bisherigen Titel so lange beizubehalten, als sie nicht den Titel einer höheren Klasse erhalten.

Die Vergünstigungen auf freie Eisenbahnfahrt, die von der bayerischen Staatsbahnverwaltung dem übertretenden Post- und Telegraphenpersonal eingeräumt waren, werden im Umfang der seitherigen Übung vom Reiche mit der Maßgabe aufrechterhalten, daß ihre Änderung oder Beseitigung durch das Reichsverkehrsministerium nur im Benehmen mit dem Reichspostministerium erfolgen darf.

Das Reich übernimmt vom 1. April 1920 an alle auf gesetzlicher Vorschrift oder Verwaltungsanordnung beruhenden Bezüge (einschließlich Sachleistungen) der in den einstweiligen, zeitlichen oder dauernden Ruhestand versetzten Beamten sowie der Hinterbliebenen von Beamten und wird nach den in Bayern bisher üblichen Grundsätzen Unterstützungen gewähren.

Sollte das Reich die Bezüge seiner vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getretenen Beamten oder der Hinterbliebenen der vor diesem Zeitpunkt verstorbenen Beamten aufbessern, so wird es die Mittel bereitstellen, die erforderlich sind, damit den in Bayern am 31. März 1920 vorhanden gewesenen Berechtigten bei gleichen Voraussetzungen in demselben Ausmaß persönliche Zulagen gewährt werden können.

Das Reich gewährleistet den Empfängern von Wartegeld, Ruhegehalt sowie Witwen- und Waisengeld mindestens das Gesamteinkommen, das nach den am 31. März 1920 geltenden Bestimmungen und Befolungsätzen Bayerns zu gewähren wäre, wenn der Beamte am Tage der Versetzung in den Ruhestand oder des Todes noch im bayerischen Landesdienste gestanden hätte. Hierbei werden jedoch nach dem 31. Dezember 1919 in Bayern erlassene allgemeine Befolungsgesetze oder Änderungen der Bestimmungen über die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge nicht berücksichtigt.

Soweit Beamte im Ruhestande nach Gesetz oder Verwaltungsordnung einen Anspruch oder eine Anwartschaft auf Wiederanstellung haben, tritt das Reich in die der Bayerischen Regierung obliegenden Verpflichtungen ein.

Für das Dienstverhältnis der in den Dienst des Reichs übertretenden Postagenten und Postvertrauensärzte bleiben bis auf weiteres die bisherigen Bestimmungen maßgebend.

Die in den Dienst des Reichs übertretenden Arbeiter und sonstigen außerhalb des Beamtenverhältnisses stehenden Personen, soweit sie nicht schon im vorhergehenden Absatz genannt sind, sollen hinsichtlich der Arbeits- und Lohnbedingungen, und zwar tunlichst zum 1. April 1920, dem gleichartigen Personal der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung gleichgestellt werden. Vor Durchführung dieser Maßnahme wird das Reich den berufenen Vertretern des beteiligten übertretenden Personals Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Angestellte und Arbeiter, die durch Erklärung vor dem 1. April 1920 ihre Übernahme in den Reichsdienst ablehnen, bleiben im Dienste Bayerns. Soweit die Bayerische Regierung diesen Angestellten und Arbeitern keine angemessene Beschäftigung übertragen kann, verpflichtet sie sich, den Dienstvertrag zum ersten zulässigen Zeitpunkt zu kündigen. In diesem Falle übernimmt das Reich bis zum Ausscheiden des Angestellten oder Arbeiters die der bayerischen Regierung ihm gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten für die Zeit, in der von dem Angestellten oder Arbeiter der Bayerischen Regierung keine Dienste geleistet werden.

Das Reich übernimmt die Verpflichtungen Bayerns aus der Bewilligung von Feuerungsbezügen an invalide Arbeiter, die aus dem Post- und Telegraphendienst ausgeschieden sind, und an Hinterbliebene von Arbeitern. Sollte das Reich die Bezüge seiner vor dem 1. April 1920 ausgeschiedenen invaliden Arbeiter oder der Hinterbliebenen von Arbeitern, die vor diesem Zeitpunkt verstorben sind, verbessern, so wird es die Mittel bereitstellen, die erforderlich sind, damit den in Bayern am 31. März 1920 vorhanden gewesenen Berechtigten bei gleichen Voraussetzungen in demselben Ausmaß Zulagen gewährt werden können.

Das Reich wird an invalide Angestellte und Arbeiter sowie an Hinterbliebene von Angestellten und Arbeitern nach den in Bayern bisher üblichen Grundsätzen Unterstützungen gewähren.

Zu § 11

Bei der Versetzung von Beamten, die am 1. April 1920 in den Dienst des Reichs übergetreten sind, aus Bayern in das übrige Reichsgebiet und umgekehrt soll nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und Gleichmäßigkeit verfahren werden. Dies gilt auch für Versetzungen, die aus Anlaß von Beförderungen erfolgen.

Bis zur Regelung auf Grund Reichsgesetzes sollen bei den Oberpostdirektionen und den sonstigen Post- und Telegraphendienststellen in Bayern die gleichen Beamtenvertretungen geschaffen werden, wie sie im Reichs-Postgebiete bestehen. Bei der Abteilung des Reichspostministeriums in München soll bis dahin der Ausschuss „Post“ des bayerischen Verkehrsrats die gleichen Obliegenheiten wahrnehmen, wie sie dem Beamtenbeiräte beim Reichspostministerium zustehen. Bis zu dem gleichen Zeitpunkt wird das Reichspostministerium zu Verhandlungen mit dem Beamtenbeirat in Berlin über allgemeine Angelegenheiten von grund-

sächlicher Bedeutung Vertreter des genannten Ausschusses zuziehen. Dies wird auch geschehen, wenn das Reichspostministerium vor Erlass eines Reichsgesetzes eine Neuregelung der Beamtenvertretungen vornehmen sollte.

Zu den Verhandlungen wegen Durchführung des Reichsgesetzes über Betriebsräte werden Vertreter der bayerischen Arbeiter und Angestellten zugezogen werden.

Zu § 12

Die für das Personal in Bayern bestehenden Wohlfahrts Einrichtungen sollen bis auf weiteres in der bisherigen Weise als einheitliche Einrichtungen weiterverwaltet werden.

Die dem Wohlfahrtsamte der bayerischen Verkehrsanstalten zukommenden Zuständigkeiten als Aufsichts- und Ausführungsbehörde im Bereiche der bisherigen bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung gehen auf die Ober-Postdirektion München über, soweit hierfür nicht die allgemeinen Oberversicherungsämter zuständig werden. Die Zuständigkeit des Oberversicherungsamts der bayerischen Verkehrsanstalten ist vom 1. April 1920 ab für das Post- und Telegraphenpersonal in Bayern nicht mehr gegeben.

Die Wohlfahrts Einrichtungen der bisherigen bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung und ihres Personals erhalten nach dem 1. April 1920 unter den gleichen Bedingungen Zuschüsse und sonstige Zuwendungen, unter denen dies bei gleichartigen Wohlfahrts Einrichtungen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und ihres Personals der Fall ist. Wohlfahrts Einrichtungen, die zwar im Reichspostgebiete, nicht aber in Bayern bestehen, werden, soweit nicht stiftungsgemäße Hindernisse entgegenstehen, auf das bisherige bayerische Postgebiet ausgedehnt. Umgekehrt bleibt unter der gleichen Voraussetzung die Ausdehnung bisher bayerischer Stiftungen auf das ganze Reichsgebiet vorbehalten.

An den für die Wohnungsfürsorge der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung vom 1. April 1920 ab auszuwerfenden Mitteln soll das bayerische Post- und Telegraphenpersonal angemessen beteiligt werden.

Die für das bayerische Post- und Telegraphenpersonal vorhandenen Stiftungen gehen, soweit nicht besondere Bestimmungen getroffen sind, mit ihrem Vermögen in die Verwaltung des Reichs über. Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung wird sie auch fernerhin nach den bisherigen Satzungen verwalten.

Soweit die Wohlfahrts Einrichtungen für das bayerische Post- und Eisenbahnpersonal gemeinsam sind, wird das Reich die Auseinandersetzung zwischen den beiden Verwaltungen durchführen.

Das Reich ersetzt die Zuschüsse, die von Bayern für bisher bayerische Postbeamte und deren Hinterbliebene an den Allgemeinen Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der bayerischen Staatsdiener und an die damit verbundene Wächterkasse geleistet werden.

Die Auseinandersetzung über das Vermögen der Arbeiter-Pensionskasse, an der in Bayern Post und Eisenbahn beteiligt sind, zwischen den genannten Ver-

waltungen wird vom Reiche durchgeführt werden. Zur Überführung der bayerischen Arbeiter-Pensionskasse in eine allgemeine Arbeiter-Pensionskasse für das ganze Reichspostgebiet ist die Zustimmung des Ausschusses der bayerischen Arbeiter-Pensionskasse erforderlich.

Falls die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung eine Sonderanstalt für die Alters- und Invalidenversicherung ihrer versicherungspflichtigen Arbeiter einrichtet, werden die in Bayern beschäftigten und versicherten Arbeiter in die Sonderanstalt des Reichs überführt, unbeschadet der Rechte, die sie als Mitglieder einer gleichartigen bayerischen Sonderanstalt bereits erworben haben.

Berlin, den 29. März 1920.

München, den 31. März 1920.

Die Reichsregierung

Die Bayerische Regierung

Der Reichskanzler

Der Ministerpräsident

gez. Müller

gez. Dr. v. Nahr

Der Reichspostminister

Der Staatsminister für Verkehrs-
angelegenheiten

gez. Giesberts

gez. S. Frauendorfer

Der Reichsminister der Finanzen

Der Staatsminister der Finanzen

gez. Dr. Wirth

J. B.

gez. Dr. Kraußnack

Verzeichnis

der Bauten usw., die von der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung bereits in Angriff genommen sind oder nach den vom bayerischen Landtag genehmigten Mitteln in Angriff genommen werden sollen.

Nr.	Ort	Art des Baues usw.	Ursprünglicher Kosten- anschlag <i>M</i>	Ursprünglich vom Landtag bewilligt		Bis Ende März 1920 voraussichtlich verausgabt <i>M</i>	Voraus- sicht- lich noch erforderlicher Betrag <i>M</i>	Bemerkungen
				durch	Betrag <i>M</i>			
1	2	3	4	5a	5b	6	7	8
I. Hochbauten								
1	Bab Kissingen	Telegraphenwärtermagazin	12 000	Ordentl. Haushalt 1912/13	12 000	—	80 000	
2	Luzing	Erweiterung des Posthauses	18 000	1914/15	18 000	—	125 000	
3	Weilheim	Posthausneubau	80 000	1914/15	80 000	—	560 000	
4	Ludwigshafen a. Rh. .	Unterstandsgebäude	12 000	1914/15	12 000	—	85 000	
5	Amberg	} Telegraphenwärtermagazine	50 000	1914/15	50 000	—	350 000	
	Ansbach							
	Holzkirchen							
	Neustadt a. Alsfch							
	Schwandorf							
6	Bab Kissingen	Neubau eines Posthauses und einer Motowagenhalle	290 000	Außerord. Haushalt 1912/13	290 000	—	2 080 000	
7	Oberfzogau	Posthausneubau	185 000	1912/13	185 000	80 200	780 000	
8	Rothenburg v. T. ...	„	150 000	1912/13	150 000	25 000	1 150 000	
9	Donauwörth	„	185 000	1914/15	185 000	186	950 000	
10	Ortlnstabt	„	195 000	1914/15	195 000	—	1 400 000	
11	München-Senbling ...	Erbauung einer Umschaltestelle	230 000	1914/15	230 000	300 000	1 120 000	
12		Beschaffung von Wohnungen für Be- amte und Arbeiter	800 000	1914/15	800 000	147 000	658 000	
13		für Reserve und innere Einrichtung	54 800	1914/15	54 800	10 400	557 000	
		Summe I ...			2 161 800	512 786	9 790 000	

Nr.	Ort	Art des Baues usw.	Ursprünglicher Kostenausschlag M	Ursprünglich vom Landtag bewilligt		Das Ende März 1920 voraussichtlich verausgabt M	Voraussichtlich noch erforderlicher Betrag M	Bemerkungen
				durch	Betrag M			
1	2	3	4	5a	5b	6	7	8

II. Fernsprechanlagen

14	Fernsprech-Verbindungsleitungen		Außerord. Haushalt 1914/15			
a)	München-Ebn.	129 500	129 500	—		
b)	München-Frankfurt (Main)	177 000	177 000	—		
c)	München-Karlsruhe	78 300	78 300	—		
d)	München-Strasbourg	78 300	78 300	—		
e)	Nürnberg-Dresden	127 300	127 300	—		8 780 000
f)	Nürnberg-Hannover	47 900	47 900	—		
g)	Nürnberg-Mannheim	70 400	70 400	—		
h)	Bamberg-Erfurt	12 000	12 000	—		
i)	Würzburg-Erfurt	32 000	32 000	—		
k)	innerbayerische Verbindungsleitungen	785 300	785 300	300 000		
15	Fernsprech-Stationsanlagen		besgl.			
		389 600	1914/15	389 600	106 600	8 780 000
		210 000	1918/19	210 000	—	
	Summe II. ...			2 132 600	406 600	13 500 000

Zusammenstellung

I. Hochbauten.....	2 181 800	512 736	9 790 000
II. Fernsprechanlagen.....	2 132 600	406 600	13 500 000
Gesamtsumme....	4 294 400	919 336	23 290 000